

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 30

vom 5. August 2011
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburg bekommt 160 neue Pflegefachkräfte.....	2
Jetzt für Integrationspreis 2011 bewerben!	3

Gesundheit und Verbraucherschutz

Versorgungsgesetz geht am wirklichen Bedarf der Patienten vorbei	4
Hamburg Spitzenreiter bei der Organspende.....	5
Keine Radioaktivität in japanischen Lebensmitteln festgestellt	7

Stadtentwicklung und Umwelt

Neues BID „Passagenviertel“	9
„Stiftung Lebensraum Elbe“ startbereit	10

Kultur

Festival „KinderKinder“ feiert 25. Jubiläum	11
„Wie wollt ihr euch erinnern?“ - Bewerbungsmöglichkeit noch bis zum 22. August	12

Gleichstellung

Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek: „Zehn Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft sind kein Grund auszuruhen“	13
Scholz würdigt Hamburg als „ein Vorbild im Kampf um die Gleichstellung“	14

Internationale Bauausstellung

Bürgerumfrage in Wilhelmsburg	16
-------------------------------------	----

Datenschutz

Löschung biometrischer Daten bei Facebook gefordert	17
---	----

Zur Information

Terminkalender	19
----------------------	----

01. August 2011/basfi01

Hamburg bekommt 160 neue Pflegefachkräfte

Offensive gegen Fachkräftemangel mit europäischer Unterstützung

Im Rahmen ihrer „2. Hamburger Qualifizierungsoffensive“ bekommt die Freie und Hansestadt 160 neue Fachkräfte für den Pflegebereich. Sie stehen nach Abschluss einer zweijährigen berufsbegleitenden Ausbildung zur Verfügung. Rund 90 Frauen und Männer, die bereits als Pflegehelfer tätig sind, starten ab

1. August in die Ausbildung zu staatlich anerkannten Altenpflegerinnen und –pflegern. Weitere 70 haben bereits am 1. Februar begonnen. Allen bietet die Weiterbildung zur qualifizierten Fachkraft eine Chance zum beruflichen Aufstieg.

„Mit diesem vom Europäischen Sozialfonds ESF geförderten Projekt erreichen wir zwei wichtige Ziele: Zum einen helfen wir damit, den gravierenden Fachkräftemangel in diesem Bereich abzumildern. Zum anderen trägt es auch dazu bei, dass pflegebedürftige Hamburgerinnen und Hamburger eine fachgerechte und menschenwürdige Pflege erhalten“, sagt Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Durchgeführt wird das ESF-Projekt von der Lawaetz-Stiftung und der Hamburgischen Pflegegesellschaft e.V. Finanziert werden die Weiterbildungskosten in Höhe von rund 10 Millionen Euro von mehreren Beteiligten: Allein 4,2 Millionen Euro sind Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfond ESF, 1,2 Millionen Euro werden von der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung und 4,6 Millionen Euro von den Arbeitgebern bereitgestellt. Pflegeunternehmen bekommen durch das ESF-Projekt die Chance, engagierte Mitarbeiter zu Fachkräften weiterzubilden. Damit können sie die erforderliche Anzahl an Fachkräften und eine hohe Qualität der Pflege gewährleisten. Bereits mit der ersten „Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“ von 2002 bis 2006 wurden 300 neue Fachkräfte ausgebildet.

Weitere Informationen über den Europäischen Sozialfonds: www.esf-hamburg.de

Weitere Informationen über die „2. Hamburger Qualifizierungsoffensive“: www.info-altenpflege.de

Rückfragen:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, ESF-Öffentlichkeitsarbeit

Claudia Hillebrand, Tel: 040 - 42841-4080

Nora Obenaus, Tel: 040 - 42841-2866

E-Mail: esf-pr@basfi.hamburg.de

02. August 2011/basfi02

Jetzt für Integrationspreis 2011 bewerben!

Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen und die Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Schwerbehindertenvertretungen verleihen Integrationspreis.

„Tue Gutes und sprich darüber!“ Mit diesem Appell wendet sich die neue Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner, an die Wirtschaft, sich mit zahlreichen Unternehmen an der Verleihung des Integrationspreises der Hamburger Schwerbehindertenvertretungen zu beteiligen.

Dieser gemeinsame Preis der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen und der Schwerbehindertenvertretungen in der Hamburger Wirtschaft wird am 27. Oktober 2011 im Festsaal des Hamburger Rathauses im Beisein von Sozialsenator Detlef Scheele übergeben.

Unter dem Motto „Ziele gemeinsam verwirklichen“ können sich Unternehmen, Gruppen oder Institutionen bewerben, die beispielhaft durch ihr Handeln zur Eingliederung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben und damit zur Teilhabe in der Gesellschaft beitragen. Mehr Arbeitsplätze für Betroffene am ersten Arbeitsmarkt von Wirtschaft, Politik sowie den Interessenverbänden zur Verfügung zu stellen ist nach Auffassung von Senatskoordinatorin Körner eine der wichtigsten Aufgaben bei der Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft. Parallel dazu müssen bestehende Arbeitsplätze für behinderte Menschen dauerhaft gesichert werden. Gerade die aktuell anhaltend gute konjunkturelle Lage sowie die massive Verbesserung am Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten böten dafür gute Chancen. Ingrid Körner: „Es muss in der Personalpolitik aktiv gehandelt werden, damit Menschen mit Behinderung –auch bei dem immer wieder thematisierten Fachkräftemangel – eine gleichberechtigte Chance erhalten.“

Bewerbungen für den Integrationspreis 2011 der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen in der Hamburger Wirtschaft nimmt die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen noch bis zum 22. August entgegen. Weitere Auskünfte finden Interessierte unter www.hamburg.de/senatskoordinatorin-fuer-die-gleichstellung-behinderter-menschen/ oder www.arge-sbv.de/.

Für Rückfragen der Medien:

Frauke Prenzler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen,
Tel.: 040-42863-5723, frauке.prenzler@basfi.hamburg.de

03.August 2011/bgv03

Versorgungsgesetz geht am wirklichen Bedarf der Patienten vorbei Gesundheitssenatorin kündigt Änderungsanträge der Länder an

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hat den heute vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines Versorgungsstrukturgesetzes als halbherzig kritisiert. „Statt sich ganz auf die für Patienten spürbare Verbesserung der Versorgung zu konzentrieren, verzettelt sich der Bundesgesundheitsminister mit Regelungen, auf die das Gesundheitswesen nicht gewartet hat. So wird wahrscheinlich kaum etwas besser, aber vieles teurer werden.“, so die Senatorin.

Zwar gingen manche Vorschläge wie die flexiblere ärztliche Bedarfsplanung und bessere Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder in die richtige Richtung. Aber Maßnahmen zur Schließung von Versorgungslücken und zur Erhöhung der Attraktivität ärztlicher Tätigkeit in strukturschwachen Gebieten würden nicht begleitet durch stringente Vorgaben zum Abbau von Überkapazitäten an anderer Stelle: „Dies werden letztlich die Versicherten in Form von Zusatzbeiträgen zahlen müssen.“, erklärt **Cornelia Prüfer-Storcks** weiter.

Der Bundesgesundheitsminister regiere am Bedarf der Kassenpatienten vorbei: Mit dem Problem unangemessen langer Wartezeiten auf einen Arzttermin befasse er sich gar nicht erst, statt die wohnortnahe haus- und kinderärztliche Versorgung zu stärken, baue er völlig unkontrolliert in Krankenhäusern und Praxen die spezialärztliche Versorgung aus. Zu den überflüssigen und sogar schädlichen Regelungen des Gesetzes zähle, dass sich Kassenärztliche Vereinigungen über mehrere Länder hinweg zusammenschließen könnten, Krankenkassen auch Leistungen gar nicht zugelassener Ärzte bezahlen sollten und der Ausschluss überflüssiger und wirkungsloser Leistungen aus dem GKV-Katalog erschwert werde. Prüfer-Storcks kündigte umfangreiche Änderungsanträge der Länder im Bundesrat an.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

04.August 2011/bgv04

Hamburg Spitzenreiter bei der Organspende Gesundheitssenatorin begrüßt Erklärungslösung

In Deutschland hoffen derzeit mehr als 12.500 Menschen auf ein Spenderorgan und jeden kann die Notwendigkeit einer lebensrettenden Organtransplantation treffen. Obwohl 75 Prozent der Bundesbevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen, füllen nur 25 Prozent einen Organspendeausweis aus und bekennen sich damit zu ihrer Entscheidung. Gerade vor dem Hintergrund der angestrebten Erklärungslösung zur Organspende möchte die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) auf diese besondere Situation aufmerksam machen.

„Jeder sollte sich einmal im Leben mit der Organspende auseinandersetzen und sich dazu erklären. Deshalb appelliere ich dringend an alle Hamburgerinnen und Hamburger sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und ihre persönliche Entscheidung in einem Organspendeausweis festzuhalten.“, erklärt **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**.

Liegt kein Organspendeausweis vor, werden die Angehörigen um die Einwilligung zur Organentnahme bei einem Verstorbenen gebeten. Viele sind dabei unsicher, mit welcher Entscheidung sie dem Willen des Verstorbenen entsprechen. Diese Situation bedeutet sowohl für die Angehörigen als auch für das Klinikpersonal eine vermeidbare seelische Belastung.

Im Bundesgebiet haben im vergangenen Jahr 1.259 Menschen ihre Organe gespendet, dies entspricht 15,9 Organspendern pro Million Einwohnern. In Hamburg wurden im Jahr 2010 von 61 Hamburgerinnen und Hamburger 195 Organe für die Transplantation und damit zur Rettung schwerstkranker Menschen gespendet. Mit 34,2 postmortalen Organspendern pro Million Einwohner hat Hamburg somit den mit Abstand höchsten Wert aller deutschen Organspenderregionen erreicht.

„Dies ist ein ermutigendes Signal für die 222 Hamburgerinnen und Hamburger, die auf der Warteliste für ein passendes Spenderorgan stehen. Wir müssen uns dafür stark machen, dass dieser Trend anhält.“, so **Senatorin Prüfer-Storcks** weiter. „Gerade deshalb suchen wir die Diskussion in der Öffentlichkeit. Es ist viel besser als Angehörige damit zu belasten. Vor allem deshalb begrüße ich das klare Votum der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) für die Erklärungslösung zur Organspende. Die vorgeschlagene Regelung achtet das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung und findet wohl auch in der Bevölkerung breite Zustimmung. Der Bundestag sollte nun schnell ein entsprechendes Gesetz be-

schließen. Ein weiterer Baustein des Erfolgs ist die Bestimmung von Transplantationsbeauftragten in den Hamburger Kliniken. Mit der freiwilligen Einführung von Transplantationsbeauftragten waren die Krankenhäuser der Stadt Vorreiter und haben dazu beigetragen, dass Hamburg bundesweit Spitzenreiter bei der Organspende ist.“

Die Gesundheitsministerkonferenz sprach sich einstimmig dafür aus, dass in Deutschland Transplantationsbeauftragte gesetzlich vorgeschrieben werden sollen. Für diesen Schritt soll die für Herbst 2011 vorgesehene Novellierung des Transplantationsgesetzes genutzt und gleichzeitig die sogenannte Erklärungslösung zu Organspende gesetzlich fixiert werden. Demnach sollen die Bürgerinnen und Bürger in einem noch festzulegenden Verfahren über Organspende informiert und zu einer persönlichen Erklärung aufgefordert werden, ob sie einer Organspende zustimmen, sie ablehnen oder sich nicht erklären möchten. Bei unterbliebener Erklärung ist eine Organentnahme bei einem potenziellen Organspender erlaubt, sofern die Angehörigen zustimmen.

Um die Menschen für dieses Thema zu interessieren und zu motivieren sich schon jetzt zur Organspende zu erklären hat die BGV zuletzt auch einen ungewöhnlichen Weg beschritten. Neben klassischen Einzelaktionen wie zum Beispiel Informationsstände anlässlich des Tags der Organspende wurden die Studierenden des Studiengangs Illustration der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Hamburg in Kooperation mit einer Krankenkasse dazu aufgerufen, die Thematik Organspende aus künstlerischer Perspektive zu interpretieren. Die vielfältigen Reaktionen auf die insgesamt 40 Werke, die im Mai auf Plakaten in der ganzen Stadt und auf Szenepostkarten zu sehen waren und bis Ende März 2012 als Wanderausstellung gezeigt werden, zeigen dass durch originelle Ideen ein neuer Zugang zu dem immer noch mit vielen Tabus belegten Thema geschaffen werden kann und hierdurch auch neue Menschen motiviert werden können, sich mit der Organspende auseinanderzusetzen.

Weiterführende Informationen zu den Beschlüssen der Gesundheitsministerkonferenz sowie die offiziellen Papiere stehen unter <http://www.gmkonline.de/> zur Verfügung. Organspendeausweise und weitere Informationen auch zum Kunstprojekt können unter <http://www.hamburg.de/organspende/> aus dem Internet herunter geladen werden. Organspendeausweise sind in Papierform kostenlos auch bei allen Krankenkassen sowie in allen Apotheken und Arztpraxen erhältlich.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

05. August 2011/bgv05

Keine Radioaktivität in japanischen Lebensmitteln festgestellt

Nach den Reaktorhavarien in Japan ist die Strahlenbelastung rund um Fukushima weiterhin hoch und nahm in letzter Zeit sogar noch zu. Hierzulande kommt davon jedoch nichts etwas an. „Vorsichtshalber untersuchen wir Importwaren aus betroffenen Gebieten engmaschig auf radioaktive Belastung“, so Verbraucherschutzsenatorin Prüfer-Storcks. „Bisher waren die Messergebnisse aber alle unauffällig und lagen weit unter den zugelassenen Höchstwerten.“

Gemäß der Vorgaben der EU¹ wurden im Veterinär- und Einfuhramt der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz bisher 132 Sendungen aus Japan angemeldet und 107 Sendungen einer Einfuhrkontrolle unterzogen. Damit werden durchschnittlich zwischen 40 und 50 Sendungen pro Monat aus Japan in Hamburg kontrolliert.

Zehn Prozent der beim Veterinär- und Einfuhramt vorgestellten Waren aus Japan werden zusätzlich auf Radioaktivität untersucht. Stammt die Ware aus den direkt betroffenen Präfekturen, erhöht sich die Quote auf 20 Prozent. Die Bestimmung der radioaktiven Strahlung erfolgt im Institut für Hygiene und Umwelt (HU), der Hamburger Landesmessstelle für Radioaktivität. Seit im Mai 2011 die ersten Proben eingegangen sind, wurden hier insgesamt 65 Proben untersucht. Dabei handelte es sich um Tee, Sojaprodukte, Algenprodukte, Fische und Meeresfrüchte, Pilze, Backwaren, Nudeln, Fertiggerichte, Getränke und Zusatzstoffe aus Japan und pazifischen Fischfanggebieten. Die gemessenen Werte waren so niedrig, dass sie fast immer unterhalb der Nachweisgrenzen und in jedem Fall deutlich unter den zugelassenen Höchstwerten lagen.

Der bisher höchste Strahlenwert von 4,8 Bq/kg Cäsiums-137 wurde für Shiitakepilze gemessen. Die Nachweisgrenze liegt zwischen 0,06 und 2,1 Bq/kg (je nach Art und Menge der Probe und abhängig von der Messzeit). Der zulässige Höchstwert für Cäsium-Isotope liegt in der EU bei 200 Bq/kg für Babynahrung und Milch bzw. bei 500 Bq/kg für andere Lebensmittel.

¹ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 297/2011, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 657/2011

Für den Hintergrund:

Insgesamt werden nur sehr wenige Lebensmittel aus Japan in die EU eingeführt. Hauptimporte sind Sojasoßen, Kakaopulver, alkoholische Getränke, Essig, Nudeln, grüner Tee sowie Futter für Koi-Karpfen. Zur Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hat die EU Verordnungen in Kraft gesetzt, die spezielle Kontrollen für alle Lebens- und Futtermittel aus Japan vorsehen. Sie müssen dazu bereits zwei Tage vor Eintreffen in Hamburg angemeldet werden. Im Rahmen der Kontrollen wird überprüft, ob die vorgeschriebene japanische Bescheinigung vorliegt, die bestätigt, dass bereits eine Untersuchung auf eine eventuelle radioaktive Belastung der Waren stattgefunden hat und dass bestehende EU-Grenzwerte eingehalten werden. Darüber hinaus werden eventuelle Lebens- und Futtermittelimporte in Hamburg nochmals kontrolliert und Stichproben im Labor chemisch analysiert. Schiffe, die Hamburg aus Japan anlaufen, haben zudem zuvor meist andere Häfen passiert z.B. Hongkong oder Rotterdam, und wurden bereits dort auf eine mögliche radioaktive Belastung geprüft.

Weiterführende Informationen zu den Sonderkontrollen von Japanware stehen unter <http://www.hamburg.de/grenzdienst/> und unter <http://www.hamburg.de/hu/> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

Institut für Hygiene und Umwelt
Sinje Köpke, Pressesprecherin
Tel. + 49 (40) 428 45-7304, E-Mail: pressestelle@hu.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/hu

3. August 2011/bsu03

Neues BID „Passagenviertel“ Projekt im Herzen der Innenstadt beschlossen

Der Senat hat das BID (Business Improvement District) Passagenviertel offiziell durch Rechtsverordnung des Senats eingerichtet. Es umfasst die Straßen Große Bleichen, Poststraße und Bleichenbrücke. Das BID Passagenviertel ist das nunmehr zwölfte offiziell in Hamburg eingerichtete Projekt und neben dem BID Neuer Wall, dem BID Hohe Bleichen und dem BID Opernboulevard das vierte Projekt in der Innenstadt.

Während der fünfjährigen Laufzeit werden Maßnahmen im Wert rund 5 Mio. Euro umgesetzt, vollständig finanziert aus privaten Mitteln der Grundeigentümer. Geplant sind u.a. eine Pflasterung mit Naturstein und die Erneuerung der Fahrradständer und Poller. Es wird ein „District“management für das Projektgebiet eingesetzt, das die Belange von Grundeigentümern, Mietern und Kunden betreuen wird. Servicemitarbeiter werden sich um Lieferanten, Kunden, Parkplätze und Sauberkeit kümmern. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gibt es einen eigenen Internetauftritt unter www.bid-passagenviertel.de.

Seit Anfang 2009 arbeitet eine Lenkungsgruppe an der Einrichtung des BID Passagenviertel. Sie besteht aus Grundeigentümern des Passagenviertels, dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Handelskammer Hamburg. Die Umsetzung erfolgt durch die Zum Felde GmbH.

Hintergrund:

BIDs sind ein Konzept aus den USA, um begrenzte Geschäftsgebiete (Business Improvement Districts) attraktiver zu machen. Die Initiative geht von den dort ansässigen Geschäftsleuten aus, die in Eigenorganisation für maximal fünf Jahre Maßnahmen zur Quartiersaufwertung durchführen. Finanziert werden BIDs durch eine kommunale Abgabe, die alle im Gebiet ansässigen Grundeigentümer zahlen.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Frank Krippner, 040 428 40 - 20 51, Frank.Krippner@bsu.hamburg.de
Bezirksamt Hamburg-Mitte, Claudius von Rüden, 040 428 54-2331, Claudius.vonRueden@hamburg-mitte.hamburg.de

5. August 2011/bsu05

„Stiftung Lebensraum Elbe“ startbereit Prof. Dr. Heinrich Reincke zum Vorstand gewählt

Damit ist der hauptamtliche Vorstand arbeitsfähig und wird voraussichtlich bis zum Herbst erste Pläne für Projekte vorlegen. Der aus Vertretern von Natur- und Umweltschutzverbänden sowie Senat und Wirtschaft zusammengesetzte Stiftungsrat hat Prof. Dr. Reincke auf seiner konstituierenden Sitzung im Juli auf Vorschlag von Umweltsenatorin Jutta Blankau einstimmig gewählt.

Senatorin Blankau: „Herr Reincke ist eine Idealbesetzung. Zuerst als Dezernent bei der Bezirksregierung Lüneburg und beim Wasserwirtschaftsamt Stade, dann Chef der Wassergütestelle Elbe und danach langjähriger Moderator u.a. der geplanten Fahrrinnenanpassung unter drei verschiedenen Bürgermeistern. Wir haben für die Leitung der ‚Stiftung Lebensraum Elbe‘ einen hervorragend vernetzten Experten aus Leidenschaft für den Strom gewonnen.“

Als Startkapital bekam die Stiftung bei ihrer Gründung im September 2009 zehn Millionen €. Sie erhält 4% des Hafengeldes pro Jahr, die sie unmittelbar für ihre Aufgaben verwenden kann. Entwickelt sich der Hafen, profitiert davon automatisch auch die Stiftung. Weiter fließen der Stiftung bis 2019 satzungsgemäß 7,5 Mio. € im Zusammenhang mit Umstrukturierungen im Hafen und jährlich 1% der Ausgaben für den Hochwasserschutz zu. Mit diesen Beträgen wird der Kapitalstock der Stiftung ausgestattet, der langfristig Erträge für die Maßnahmen der Stiftung abwerfen soll.

Prof. Dr. Heinrich Reincke ist von Hause aus Bauingenieur und übt seine Honorarprofessuren an der Leuphana Universität Lüneburg und der Hochschule 21 in Buxtehude aus. Er ist verheiratet und lebt als gebürtiger Altländer seit 40 Jahren in Kehdingen im Landkreis Stade.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

03.08.2011/kb03

Festival „KinderKinder“ feiert 25. Jubiläum **Stadt zeigt Ausstellung in der Rathausdiele**

Mit über tausend Musik- und Theater-Veranstaltungen hat das Festival *KinderKinder* seit 1987 mehr als 250.000 kleine und große Besucher angelockt. Zum 25. Jubiläum würdigt die Freie und Hansestadt Hamburg das Festival mit einer Fotoausstellung in der Rathausdiele, die Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill und KinderKinder-Geschäftsführer Stephan v. Löwis heute eröffneten.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill: „Seit 1987 hat sich das Festival KinderKinder zu einem weit über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannten Forum für professionelle Bühnenkunst entwickelt. Besonders gelungen finde ich, dass es auch immer wieder die Möglichkeit für Kinder und ihre Familien bietet, sich selbst aktiv einzubringen.“

Das Festival KinderKinder präsentiert alljährlich speziell auf Kinder ausgerichtete Bühnenproduktionen aus aller Welt. Als besonderes Gastland präsentiert sich in diesem Jahr Indien. Im Rahmen der Partnerschaft spielt der Puppenspieler Matthias Kuchta gemeinsam mit drei indischen Musikern unter der Regie von Dadi Pudumjee (Delhi). Abgerundet wird das Festival mit einer Gala, die anlässlich der erstmaligen Verleihung des Deutschen Kita-Musikpreises mit den Kinderliedermachern Zuckowski, Jöcker und Rosin im Deutschen Schauspielhaus stattfinden wird. Auftakt von KinderKinder 2011 ist am 18. September im Rahmen des Weltkinderfestes in den Wallanlagen.

Stephan v. Löwis of Menar: „KinderKinder ist aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht mehr wegzu-denken. Zahlreiche internationale Gastspiele präsentieren aktuelle – und wie wir finden herausragende – Theater-, Musik- und Tanzproduktionen für Kinder.“

Die heute eröffnete Ausstellung in der Rathausdiele zeigt auf Fotos die Geschichte der letzten 24 Festivaljahre. Sie ist ab sofort bis zum 14. August zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu sehen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg unterstützt das Festival und das Weltkinderfest am 18. September.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 293
pressestelle@kb.hamburg.de

Weitere Informationen zu KinderKinder:

Stephan v. Löwis of Menar
KinderKinder e.V.
040 / 29 99 11 37
info@kinderkinder.de
www.kinderkinder.de

05.08.2011/kb05

„Wie wollt ihr euch erinnern?“ - Bewerbungsmöglichkeit noch bis zum 22.

August

Jugendliche bekommen Möglichkeit zur Gestaltung eines Erinnerungsorts

Letzte Chance zur Bewerbung: Unter der Überschrift „Wie wollt ihr euch erinnern?“ sucht die Kulturbehörde gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme noch interessierte Jugendliche aus Hamburg und Umgebung. Die Jugendlichen können sich an der Konzeption eines geplanten Gedenkortes am Lohseplatz beteiligen. Der Lohseplatz in der HafenCity war zwischen 1940 und 1945 für mindestens 7.692 Juden, Sinti und Roma Ausgangspunkt ihrer Deportation.

Zum Mitmachen aufgerufen sind Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren, die aus Hamburg und Umgebung kommen. In insgesamt sieben Workshops bekommen die Jugendlichen die Gelegenheit, die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs und die Planungen für den Gedenkort kennenzulernen und eigene Ideen zu entwickeln. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Landesjugendrings Hamburg werden die Teilnehmer betreuen. Die Anregungen der Jugendlichen fließen in die weitere Planung für den neuen Gedenkort ein. Interessierte Jugendliche können sich noch bis zum 22. August bewerben. Die Workshops beginnen im Oktober, im Mai 2012 erfolgen dann die Präsentation der Ergebnisse und die Begutachtung durch eine Jury.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.hannoverscher-bahnhof.hamburg.de

Hintergrund: Ein Gedenkort am Lohseplatz

Zwischen 1940 und 1945 war der am Lohseplatz gelegene ehemalige „Hannoversche Bahnhof“ Ausgangspunkt für insgesamt 20 Deportationen, bei denen mindestens 7.692 Menschen aus ganz Norddeutschland in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt wurden, da sie der rassistischen NS-Ideologie zufolge als Juden, Sinti oder Roma verfolgt wurden. Die Freie und Hansestadt Hamburg plant in Abstimmung mit den Opferverbänden seit 2004 eine Gedenkstätte an diesem historischen Ort inmitten der HafenCity. Die Eröffnung des „Informations- und Dokumentationszentrums Hannoverscher Bahnhof“ ist für 2013 geplant, die Fertigstellung des umliegenden Lohseparks bis 2017. Die Kulturbehörde hatte das Projekt „Wie wollt ihr euch erinnern?“ im Mai vorgestellt.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 293

pressestelle@kb.hamburg.de

01. August 2011/jb01

Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek: „Zehn Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft sind kein Grund auszuruhen“

Die **Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek** hat anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Eingetragenen Lebenspartnerschaft die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare gefordert: „Zehn Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft sind kein Grund auszuruhen. Ziel ist die volle gesellschaftliche und rechtliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe. In dieser Hinsicht gibt es auch heute noch viel zu tun.“ Als Beispiele für eine fortbestehende rechtliche Benachteiligung verweist **Schiedek** auf Ungleichbehandlungen im Einkommenssteuer- und im Adoptionsrecht.

Anlässlich zehn Jahren Eingetragener Lebenspartnerschaft lädt der Senat für morgen zu einem Empfang ins Rathaus. Der **Erste Bürgermeister Olaf Scholz** wird die geladenen Gäste, darunter auch mehrere Paare, die vor zehn Jahren als Erste die Eingetragene Lebenspartnerschaft geschlossen haben, um 18:00 Uhr im Kaisersaal des Rathauses begrüßen. Anschließend diskutieren der Erste Vorsitzende von Pride e.V., Dr. Lars Peters, und der ehemalige Leiter des Standesamtes Eimsbüttel, Rolf Paschen, mit einem dieser Paare darüber, was bisher für die Gleichstellung von homosexuellen Paaren in Hamburg erreicht wurde und was in der Zukunft noch verbessert werden könnte. Moderiert wird die Veranstaltung von Lennart Reip (ZDF). Die musikalische Begleitung übernimmt Carolin Fortenbacher.

Am 1. August 2001 trat das Lebenspartnerschaftsgesetz in Kraft. In Hamburg haben seitdem mehr als 2.400 Paare eine Eingetragene Lebenspartnerschaft geschlossen.

Kontakt:

Tim Angerer

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

02. August 2011/ pr02

Scholz würdigt Hamburg als „ein Vorbild im Kampf um die Gleichstellung“

Empfang zu Lebenspartnerschaftsgesetz und Christopher-Street-Day – Senat hält am Ziel völliger Gleichstellung fest

Mit Blick auf den diesjährigen Christopher-Street-Day und das zehnjährige Bestehen des Lebenspartnerschaftsgesetzes hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz die Stadt Hamburg als „eines der Vorbilder im Kampf um die Gleichstellung“ bezeichnet. „Seit zehn Jahren gibt es die Eingetragene Lebenspartnerschaft als bundesweit gültiges Gesetz. Und Hamburg kann von sich sagen, dass die Stadt den Weg dorthin mit bereitet hat“, sagte Scholz am Dienstagabend bei einem Senatsempfang. Er verwies auf die so genannte „Hamburger Ehe“, die der rot-grüne Senat bereits zwei Jahre zuvor eingeführt hatte.

Scholz betonte, er stehe für „ein Hamburg, das tolerant, vielfältig und diskriminierungsfrei ist. Das wollen wir sein, und das hat die Stadt auch bewiesen, als es um die rechtliche Gleichstellung ging“. Am Beispiel der Lebenspartnerschaft lasse sich beeindruckend die Wechselbeziehung von Recht und Gesellschaft erkennen: „Gesellschaftliche Entwicklungsprozesse schlagen sich in unserer Gesetzgebung nieder. Und Rechtsnormen können zum Wandel von gesellschaftlichen Wertvorstellungen beitragen.“

Scholz kritisierte in diesem Zusammenhang die weiter bestehende Diskriminierung Homosexueller im Alltag. Nach wie vor seien schwule und lesbische Paare im Alltag verdeckten Diskriminierungen und immer wieder auch offenen Anfeindungen ausgesetzt. Viele wollten ein „Outing“ nicht wagen – sei es aus Furcht vor beruflichen Nachteilen oder aus Angst, im privaten Umfeld offen oder subtil ausgegrenzt zu werden.

Der Hamburger Senat habe sich demgegenüber die völlige Gleichstellung und Akzeptanz zum Ziel gesetzt. Dazu gehörten das volle Adoptionsrecht und die Gleichbehandlung im Steuerrecht. Der Senat strebe weiter die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare an und wolle die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen und Trans Gender-Lebensweisen real und selbstverständlich machen. Auch deshalb wirke Hamburg an der Diskussion um die Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“ mit: Niemand dürfe wegen seines Geschlechtes, seiner Abstam-

mung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen und niemand dürfe aufgrund der eigenen sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden.

Rückfragen:

Christoph Holstein

Sprecher des Senats

Telefon: 040/ 42831-2243/44

Mobil: 0170 288 1809

E-Mail: christoph.holstein@sk.hamburg.de



PRESSEINFORMATION

IBA-Strukturmonitoring **Bürgerumfrage in Wilhelmsburg**

Hamburg, den 4. August 2011/iba04 - Die IBA Hamburg führt auch in diesem Jahr wieder in Kooperation mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine Bürgerumfrage in Wilhelmsburg und auf der Veddel durch. Diese Befragung ist ein Teil der für den Zeitraum 2010 bis 2013 angelegten jährlichen wissenschaftlichen Untersuchungen, die Informationen über die Situation in den Stadtteilen, aktuelle Entwicklungstendenzen und die Meinungen zur IBA liefern sollen (**IBA-Strukturmonitoring**). Auf Basis dieser Daten und Fakten kann dann eine fundierte Einschätzung der Entwicklungen u.a. in den Bereichen Wohnen, Bildung und lokale Ökonomie gewonnen werden.

Wie bereits im letzten Jahr erfolgt im August und September wieder eine telefonische Befragung bei 500 Wilhelmsburger und Veddeler Haushalten. Außerdem werden Passanten in Wilhelmsburg und auf der Veddel, z. B. auf Wochenmärkten, befragt. Die Befragungen werden vom Institut Analyse & Konzepte durchgeführt.

Die IBA bittet alle Bewohnerinnen und Bewohner, die für die Befragungen ausgewählt werden, um ihre Mitwirkung.

Die Auswahl der Haushalte erfolgt nach dem Zufallsprinzip, eine Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig. Bei der Befragung werden alle Anforderungen des Datenschutzes streng eingehalten, Ergebnisse werden nur in anonymisierter, zusammengefasster Form dargestellt.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, enno.isermann@iba-hamburg.de,
Tel: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

2. August 2011/ds02

Gesichtserkennungsfunktion von Facebook verstößt gegen europäisches und deutsches Datenschutzrecht Löschung biometrischer Daten bei Facebook gefordert

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat Facebook aufgefordert, die über die Gesichtserkennung gespeicherten biometrischen Daten der Nutzer zu löschen. Die Funktion der Gesichtserkennung ist an europäische und nationale Datenschutzstandards anzupassen oder abzuschalten.

Die Gesichtserkennung dient zur automatischen Erkennung von Freunden, die auf Fotos der Nutzer abgebildet sind. Hierfür wertet Facebook die von Nutzern auf ihren Fotos markierten Gesichter nach biometrischen Merkmalen aus und speichert sie. So entsteht die vermutlich weltweit größte Datenbank mit biometrischen Merkmalen einzelner Personen. Lädt ein Nutzer neue Fotos hoch, folgt ein Abgleich mit diesen Informationen. Sobald die Software auf diesen Fotos Übereinstimmungen mit Freunden erkennt, wird automatisch ein Vorschlag für die namentliche Markierung der erkannten Person generiert. Dabei ist nicht der Einsatz der Gesichtserkennungssoftware zur Erleichterung des sogenannten Foto-Taggings von Freunden das Problem. Vielmehr ist bedenklich, dass Facebook für diese Funktion im Hintergrund eine Datenbank zur Gesichtserkennung mit Millionen von Nutzern aufbaut. Bei einer Gesamtzahl von über 75 Milliarden hochgeladener Fotos wurden bisher nach Angaben von Facebook mehr als 450 Millionen Personen getaggt. Schätzungen zufolge werden pro Sekunde mehr als 1.000 Namens-Taggs eingetragen. Die Risiken einer derartigen Ansammlung biometrischer Daten sind immens.

Derzeit wird jeder auf einem Foto markierte Nutzer in der Datenbank erfasst, der der Speicherung seiner Fotoinformationen nicht ausdrücklich widerspricht. Das derzeitige Opt-Out durch Facebook ist dabei irreführend.

Unter den Privatsphäre-Einstellungen bietet Facebook den Nutzern an, das Unterbreiten von Markierungsvorschlägen zu unterbinden (unter „Freunden Fotos von mir vorschlagen“). Facebook hat dazu schriftlich mitgeteilt, dass nach Abschalten dieser Funktion auch eine Löschung der biometrischen Daten erfolge. Laut Facebooks Online-Hilfesystem werden damit aber lediglich die Markierungsvorschläge unterdrückt. Es ist davon auszugehen, dass die biometrischen Daten gespeichert bleiben. Wenn Nutzer ihre bereits gespeicherten biometrischen Informationen löschen wollen, müssen sie zunächst das Online-Hilfesystem durcharbeiten. Darin wird zur Löschung der biometrischen Daten ein Weg über die Privatsphäre-Einstellungen gewiesen.

Die entsprechende Funktion („Daten aus Fotovergleich löschen“) existiert jedoch nicht. An einer anderen Stelle im Hilfesystem findet sich ein Link, über den der Nutzer das „Facebook Foto-Team“ kontaktieren kann. Dort soll er um die Entfernung aller bisher über ihn selbst in der biometrischen Datenbank gespeicherten Fotoinformationen bitten. Eine Opt-Out-Möglichkeit ist damit zwar vorhanden, für den normalen Nutzer aber kaum zu finden. Angesichts dessen scheint besonders bedenklich, dass sogar für minderjährige Nutzer die Gesichtserkennung voreingestellt ist.

Aber selbst wenn Facebook ein nutzerfreundliches Verfahren zum Opt-Out anböte, würde es weder nationalen noch europäischen Datenschutzanforderungen genügen. Für eine Speicherung von biometrischen Merkmalen ist eine vorab erteilte, unmissverständliche Einwilligung der Betroffenen erforderlich. Zu unterstellen, durch bloßes Nichteinlegen eines Widerspruchs läge eine Zustimmung vor, reicht hierfür nicht aus. Auch die Art.-29-Gruppe, der Zusammenschluss der Datenschutzbeauftragten Europas, hat deutlich gemacht, dass die Beibehaltung von Voreinstellungen in sozialen Netzwerken keinen eindeutigen Erklärungsgehalt hat.

Dazu Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit: „Wir haben Facebook wiederholt aufgefordert, die Funktion der Gesichtserkennung abzuschalten und die bereits gespeicherten Daten zu löschen. Sollte Facebook diese Funktion weiterhin aufrechterhalten, muss sichergestellt werden, dass nur Daten von Personen in die Datenbank eingehen, die zuvor wirksam ihre Einwilligung zur Speicherung ihrer biometrischen Gesichtsprofile erklärt haben. Die automatische Gesichtserkennung ist ein schwerer Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen. Das muss auch ein global agierendes Unternehmen berücksichtigen. Daher darf Facebook nicht lediglich auf ein intransparentes Widerspruchsverfahren verweisen. Eine selbstbestimmte Entscheidung macht die Einwilligung des informierten Nutzers erforderlich. Facebook sollte dies erkennen und unseren Forderungen schnell nachkommen.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 040 / 428 54 - 4041

Terminkalender

Vom 8. August bis 13. August 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 08.08.2011

- 09:00** Lufthansa Technik, Weg beim Jäger 193, 22335 Hamburg
Senator Frank Horch hält eine Begrüßungsrede für die **neuen Auszubildenden bei Lufthansa Technik**.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **japanischen Generalkonsul Setsuo Kosaka zum Antrittsbesuch**.

Dienstag, den 09.08.2011

- 14:00** Breite Str. 62, 23539 Lübeck
Bürgermeister Olaf Scholz trifft **Bürgermeister Bernd Saxe zum Antrittsbesuch in Lübeck**.

Mittwoch, den 10.08.2011

- 11:30** Eichelhäherkamp 3, 22397 Hamburg
Senator Michael Neumann weiht die neue **Interims-Rettungswache Lehmsahl-Mellingstedt** ein.
- 17:00** Tornquiststraße 79, Clubheim des HEBC
Senator Michael Neumann besucht eine **Veranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum des Hamburg-Eimsbütteler Ballspiel-Club von 1911 e.V.** und hält ein Grußwort.

Donnerstag, den 11.08.2011

- 12:30** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek empfängt als Vertreter des Senats im Rahmen eines **Senatsfrühstücks eine Delegation des kolumbianischen Segelschulschiffs „ARC GLORIA“**.
- 18:00** Urbaner Garten, Große Freiheit 62-68
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort auf dem **Senatsempfang** anlässlich der Eröffnung des **„Internationalen Sommerfestivals Hamburg 2011“**.
- 20:00** Kampnagel, Jarrestraße 22
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die Vorstellung **„Kontaktthof“ des Tanztheaters Wuppertal Pina Bausch**.

Freitag, den 12.08.2011

- 11:00** Kiku Kinderland, Bramfelder Chaussee 1-3, 22177 Hamburg im Einkaufszentrum Zebra.
Senator Detlef Scheele spricht als Schirmherr anlässlich der **Eröffnung eines neuen „welcome Standortes“ für Familien in Hamburg Bramfeld** ein Grußwort.

12:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **Senatsfrühstück aus Anlass des „85. Geburtstags von Professor F.C. Gundlach“** teil.

20:00 Hagenbeck'sche Dressurhalle, Gazellenkamp 155
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht das **Hamburger Sommerfest 2011**.

Samstag, den 13.08.2011

11:30 Hofschläger Deich/Spadenland
Innensenator Michael Neumann eröffnet den **1. Hamburg Cup /Hanseatenpokal der Feuerwehrsportwettkämpfe**.